

Inhalt

I. Sechste Verordnung zur Änderung der Bundesbeihilfeverordnung	1
1. Wesentlicher Inhalt der Sechsten Verordnung zur Änderung der Bundesbeihilfeverordnung	1
2. Behandlung durch nahe Angehörige – Urteil des BayVGH vom 27. November 2014, 14 BV 13.470	2
II. Neues auf Rehmnetz	2
Beamtenblog	2

I. Sechste Verordnung zur Änderung der Bundesbeihilfeverordnung

*von Wolfgang Weigel, Regierungsrat, Bayerisches Staatsministerium der Finanzen,
für Landesentwicklung und Heimat, München*

Die Bundesbeihilfeverordnung wurde letztmals durch die Fünfte Verordnung zur Änderung der Bundesbeihilfeverordnung vom 18. Juli 2014 (BGBl. I S. 1154) aktualisiert. Seit diesem Zeitpunkt wurden wesentliche Änderungen und Leistungsverbesserungen im Bereich der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung vorgenommen. Durch die Sechste Verordnung zur Änderung der Bundesbeihilfeverordnung vom 27. Mai 2015 (BGBl. I S. 842) erfolgt deshalb eine systemkonforme Übertragung in das Beihilferecht des Bundes. Ferner wird ein sonstiger Änderungsbedarf, der sich zwischenzeitlich im praktischen Vollzug der Bundesbeihilfeverordnung herausgestellt hat, berücksichtigt.

1. Wesentlicher Inhalt der Sechsten Verordnung zur Änderung der Bundesbeihilfeverordnung

• Das Bundesverwaltungsgericht hatte in den Urteilen vom 17. April 2014 (5 C 16.13; 5 C 40.13) entschieden, dass im Rahmen der Beihilfegewährung die Deckelung der Angemessenheit von ärztlichen und zahnärztlichen Gebühren auf die begrenzten Steigerungsfaktoren, die für Versicherte im Basistarif der privaten Krankenversicherung gelten, gegen den allgemeinen Gleichheitsgrundsatz verstößt. Als Konsequenz dieser Rechtsprechung wurde die Anwendung des § 6 Abs. 5 BBhV bereits mit Rundschreiben vom 19. Juni 2014, D 6-30111 /9#2 ausgesetzt. Nunmehr erfolgt die förmliche Aufhebung der besonderen Regelungen zur Prüfung der Angemessenheit von ärztlichen und zahnärztlichen Gebühren bei Beihilferechtigten und deren berücksichtigungsfähigen Angehörigen, die in einem Basis bzw. Standardtarif versichert sind.

- Normative Absicherung verschiedener einschränkender Regelungen (nicht beihilfefähige gesetzlich vorgesehene Zuzahlungen und Kostenanteile – § 8 Abs. 3, Begrenzung der Beihilfe – § 48)
- Angleichung verschiedener Regelungen an geändertes Kassenrecht (Kieferorthopädie – § 15, Psychotherapie – § 18a, Familien- und Haushaltshilfe – § 28, Erweiterung der Liste beihilfefähiger Medizinprodukte – Anlage 4, Arzneimittel, die überwiegend der Erhöhung der Lebensqualität dienen – Anlage 5, Arzneimittelfestbetragsgruppen – Anlage 7, ausgeschlossene oder beschränkt beihilfefähige Arzneimittel – Anlage 8)
- Angleichung der Regelungen zur Abrechnung von Pflegeleistungen an das Erste Pflegestärkungsgesetz vom 17. Dezember 2014 sowie an das Gesetz zur besseren Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf vom 23. Dezember 2014. Die mit Rundschreiben des BMI vom 23. Dezember 2014, D 6- 31007/1#3, bekanntgegebenen Vorgriffsregelungen werden damit entbehrlich.
- Erweiterung des Leistungskatalogs der Beihilfe um neue Leistungstatbestände (ambulante Hospizdienste, Meldegebühren zur Meldung von Krankheitsdaten an ein Krebsregister, beihilfefähige Früherkennungsuntersuchungen, Vorsorgemaßnahmen und Schutzimpfungen)
- Aktualisierung der Auflistung der beihilfefähigen bzw. nicht beihilfefähigen Hilfsmittel (Geräte zur Selbstbehandlung und Selbstkontrolle)

Die Sechste Verordnung zur Änderung der Bundesbeihilfeverordnung ist seit 6. Juni 2015 in Kraft und ist für Aufwendungen, die seit diesem Tag entstanden sind bzw. entstehen anzuwenden.

2. Behandlung durch nahe Angehörige – Urteil des BayVGh vom 27. November 2014, 14 BV 13.470

Seit jeher sind Aufwendungen für Untersuchungen und Behandlungen durch die Ehegattin, den Ehegatten, die Lebenspartnerin, den Lebenspartner, die Eltern oder die Kinder der oder des Behandelten nicht beihilfefähig. Beihilfefähig sind in diesen Fällen nur die tatsächlich entstandenen Sachkosten (§ 8 Abs. 1 Nr. 7 BBhV). Die inhaltlich identische Vorgängerregel (§ 8 Abs. 1 Nr. 6 BBhV a.F.) wurde vom Bayer. Verwaltungsgerichtshof im Rahmen eines Berufungsverfahrens einer rechtlichen Überprüfung unterzogen.

Nach Auffassung des Bayer. Verwaltungsgerichtshof verstößt der in der BBhV normierte Leistungsausschluss für persönliche Behandlungen durch nahe Angehörige nicht gegen den Vorbehalt des Gesetzes, da eine ausreichend Verordnungsermächtigung vorliegt. Ferner ist die Regelung mit den Grundsätzen des allgemeinen Gleichheitssatz des Art. 3 Abs. 1 GG vereinbar.

Zur Frage, welche Konsequenzen aus dieser Rechtsprechung u. a. für das Beihilferecht des Bundes und des Landes Bayern zu ziehen sind, wird der Mildnerberger in einer der nächsten Aktualisierungen in bewährter Weise eingehen.

Wolfgang Weigel, Regierungsrat, Bayerisches Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat, München

II. Neues auf Rehmnetz

Beamtenblog

Jede Woche bloggt unser Experte Dr. Maximilian Baßlsperger auf rehmnetz.de zu aktuellen Themen rund ums Beamtenrecht. Die neuesten Beiträge:

[Ämterpatronage – Teil II](#)

[Ämterpatronage – Teil I](#)

[Übertragung von Aufgaben der Obersten Dienstbehörde](#)



Produktipp

Schütz/Maiwald

Beamtenrecht des Bundes und der Länder

Kommentar



Online-Produkt

€ 139,99

ISBN 978-3-7685-4853-3

[\[Mehr Info\]](#)



Produktipp

Mildnerberger

Beihilferecht in Bund, Ländern und Kommunen

Praktiker-Kommentar



7450 Seiten

Loseblattwerk in 4 Ordnern

ISBN 978-3-8073-0014-6

€ 179,99 zzgl. Aktualisierungslieferungen

[\[Mehr Info\]](#)

Rechtssicherheit auf dem neuen Stand

Dieser Kommentar gehört im gesamten Bundesgebiet seit Jahrzehnten zum Standard: Das Autorenteam berücksichtigt die aktuelle Rechtsprechung ebenso wie die neuesten Entwicklungen im medizinischen Bereich. Dank seiner übersichtlichen Gliederung ist der Kommentar trotz seines Umfangs ausgesprochen benutzerfreundlich.

Enthalten sind:

- Texte der aktuellen Bundes- und Landesvorschriften,
- Vollzugsvorschriften des Bundesministeriums des Innern,
- Gebührenordnungen für Ärzte und Zahnärzte mit den vorgegebenen Steigerungssätzen und Schwellenwerten,
- einschlägige Rechts- und Verwaltungsvorschriften und alle relevanten Nebenvorschriften.

Die umfassende Kommentierung des Bundesrechts wird durch viele Beispiele veranschaulicht und geht sowohl auf vergleichbare Rechtsmaterien außerhalb des Beihilferechts als auch auf landesspezifische Besonderheiten ein. Dabei legen die Autoren nicht nur Wert auf die Genauigkeit im Detail, sondern verschaffen dem Benutzer schnell den erforderlichen Überblick.